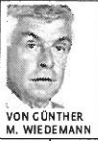


# Neustart nach dem Flop

## Gesundheitsminister Rösler muss seine Reformpläne erheblich überarbeiten

GUENTHER.WIEDEMANN@MDS.DE

**P**hilipp Rösler ist nicht der erste Minister, der die Finanzierung des Gesundheitswesens auf stabilere Beine stellen möchte. Aber der FDP-Politiker agiert dabei so ungeschickt wie kaum einer seiner Vorgänger. Die Einsetzung einer Regierungskommission zur Vorbereitung der von ihm so hartnäckig verfolgten Kopfrämie war ein Flop. Rösler kann noch nicht einmal die eigenen Regierungstreuen überzeugen. Wie will er dann bestehen im Haifischbecken der vielen Lobbyisten des Gesundheitswesens? Auch wenn man einräumen muss, dass die Koalitionskollegen Rösler nach allen Regeln der Kunst demontiert haben – seine Reform-Überlegungen sind dertrotz unzureichend, dass sie völlig zu Recht neue Vorschläge eingefordert haben.



worfen. Erst wollte er Besserverdienende über eine höhere Beitragsbemessungsgrenze zur Kasse bitten. Dann wollte er den Arbeitgeberbeitrag erhöhen. Dabei predigen die Liberalen tagein tagaus, dass diejenigen, die den Karren ziehen, nicht weiter belastet werden dürften. Über diese These lässt sich trefflich streiten, weil starke Schultern bekanntlich mehr tragen können als schwache. Unabhängig davon stellt sich die Frage, wie glaubwürdig Bekenntnisse von Parteien noch sind, wenn ihre Regierungsmitglieder sich darüber hinwegsetzen.

Statt auf Kopfrämien soll Rösler nun seine Finanzierungsüberlegungen auf höheren Zusatzbeiträgen der Versicherten aufbauen. Für die Kassenmitglieder ist es letztlich egal, wie das Kind heißt. Teurer wird es für die meisten von ihnen auf jeden Fall. Das aber ist nicht primär dem Minister anzulasten. In einer alternativen Gesellschaft steigen zwangsläufig die Gesundheitskosten. Deshalb muss vor allem darüber nachgedacht werden, wie die Ausgabenseite beherrschbar bleibt. Ansonsten ist jedes neue Finanzierungskonzept letztlich wirkungslos, weil schon bald überholt. Rösler ist beim Thema Ausgabenbegrenzung mutig gestartet. Zuletzt ist es aber erschreckend ruhig geworden an dieser Front. Das muss sich schleunigst ändern.

Der Handlungsdruck wächst. Auf bis zu elf Milliarden Euro wird inzwischen das Defizit der Kassen für das kommende Jahr veranschlagt. Jetzt rächt sich die Großzügigkeit der großen Koalition gegenüber Ärzten und Kliniken

**» Auf bis zu elf Milliarden Euro wird das Defizit der Kassen für 2011 veranschlagt. Jetzt rächt sich die Großzügigkeit der großen Koalition gegenüber Ärzten und Kliniken**

star der FDP gestartete Minister hat noch eine Chance, ein in sich stimmiges und konsensfähiges Konzept vorzulegen. Beides haben seine bisherigen Entwürfe vermissen lassen.

Genauso bestürzend ist aber, dass ihn seine Partei hat gewähren lassen. Denn der Gesundheitsminister hat mit seinen bürokratischen und überaus komplizierten Plänen für eine Kopfrämie geradezu beiläufig Grundsätze der Liberalen über Bord ge-

Sparklausur der Bundesregierung

## Die Suche nach der Balance

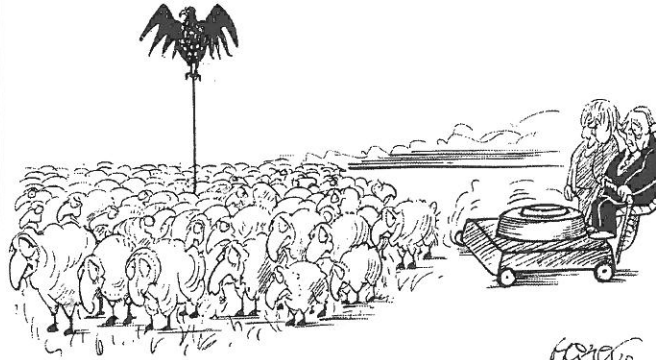
VON MARKUS DECKER

MARKUS.DECKER@MDS.DE

**A**cht Monate nach der Bundestagswahl steht die schwarz-gelbe Koalition an einem neuen Anfang – oder vielleicht kurz vor ihrem Ende. Das lässt sich nirgends besser erkennen als an dem Ringen um die Gesundung der Staatsfinanzen. Da geht es einerseits um das sachliche Gebotene. Die Konsolidierung des Etats 2011 muss spürbar sein, sollte gerecht ausfallen und darf – drittes entscheidendes Kriterium – nicht die Konjunktur abwürgen. Dass die Koalition zwei Augen auf die Sozialausgaben geworfen hat, birgt Sprengstoff. Denn warum eigentlich sollen Hartz-IV-Empfänger für eine Krise zahlen, die Banker verursacht haben? Schon sind Großdemonstrationen angekündigt.

kel darauf achten, dass der FDP Zumutungen erspart bleiben. Die Liberalen müssen damit leben, dass es keine Steuersenkungen geben wird, dass die Finanzmärkte reguliert werden sollen und der Präsidentschaftskandidat wie selbstverständlich aus der CDU kommt. Ihnen jetzt auch noch Steuererhöhungen unterzubuheln wäre zu viel des Guten. Längst steht Vizekanzler Guido Westerwelle in den eigenen Reihen unter Druck. Kann er keine Erfolge vorweisen, ist er irgendwann weg vom Fenster – und mit ihm die einst gepriesene „Wunschkoalition“.

Heute Nachmittag sollen die Ergebnisse der Klausurtagung verkündet werden. Für das Land wie für die Koalition hängt viel davon ab, dass die nötige Balance gefunden wird.



„Wir sprechen euch, intelligent und gerecht zu scheren...“

KASTBEITRAG

## Allzu viele Gemeinplätze

### Der Expertenbericht zur künftigen Nato-Strategie enttäuscht – Für eine Neuordnung der Beziehungen zu Russland fehlen geeignete Vorschläge

VON ULRICH WEISSER

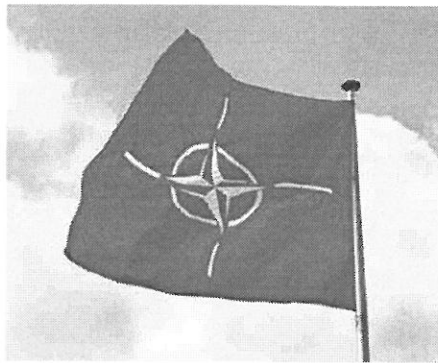
Im April 2009 haben die Staats- und Regierungschefs der Nato beschlossen, dass innerhalb eines Jahres eine kleine Expertengruppe die Grundlagen für ein neues strategisches Konzept erarbeiten soll. Mit Ausnahme der früheren US-Außenministerin Madeleine Albright bestand diese zumeist aus pensionierten Botschaftern. Revolutionäre Ideen und tabufreies Denken waren schon deshalb kaum zu erwarten. Der nun vorgelegte Bericht bestätigt diese Befürchtung. Von deutscher Einflussnahme, das enttäuschende Ergebnis zu verhüten, ist nichts bekannt geworden.

Der Bericht stellt zwar zu Recht fest, dass die Welt und die Bedingungen für unsere Sicherheit sich seit der letzten Überarbeitung der Bündnisstrategie im Jahre 1999 grundlegend verändert haben. Zu berücksichtigen sind die Folgen des terroristischen Angriffs auf die USA am 11. September 2001, der Krieg in Afghanistan, Piraterie im Indischen Ozean, die iranische Nuklearproblematik und vor allem

**» Die Expertengruppe geht auf den russischen Vorschlag für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur überhaupt nicht ein**

auch die Notwendigkeit, die Beziehungen zu Russland grundlegend neu zu ordnen.

Die Experten stellen ihren Vorschlägen die unveränderlichen Werte und Prinzipien der Nato voran – Freiheit und Sicherheit für die Mitglieder zu gewährleisten, die transatlantischen Bindungen zu erhalten, sich ebenso zu kollektiver Verteidigung wie zu einer gerechten Teilung von Lasten und Risiken zu bekennen. Was dann aber als Strategie für die Nato bis zum Jahr 2020 angeboten wird, kommt über Gemeinplätze kaum hinaus und kleistert die fundamentalen Meinungsunterschiede zwischen West- und Osteuropäern über den Umgang mit Russland durch Kompromissformulierungen zu, die eher schädlich sein werden – auch, weil auf den russischen Vorschlag für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur nicht eingegangen wird.



Die Fahne vor dem Nato-Hauptquartier in Brüssel. Das Verteidigungsbündnis sucht nach einer neuen Strategie.

Es wird zwar festgestellt, dass die Allianz sich um ein konstruktives Verhältnis zu Russland bemühen sollte und dass beide keine Bedrohung füreinander darstellen. Aber um den historisch begründeten Ängsten unserer Nachbarn im Osten gerecht zu werden, wird gefordert, dass die Zusammenarbeit mit Russland militärisch abschieben sei – das heißt nichts anderes als durch Verteidigungsplanung gegen Russland. Die Experten lassen offen, wie denn wohl auf diese Weise Vertrauen entstehen soll. Vertrauen kann dann schon eher durch den Vorschlag des Nato-Generalsekretärs wachsen, dass Russland und das Verteidigungsbündnis gemeinsam eine Abwehr gegen neue Raketenbedrohungen entwickeln und betreiben sollen. Die Experten indes beharren auf unverändert notwendiger nuklearer Abschreckung, wenn auch auf niedrigem Niveau – dies ohne die von Präsident Obama initiierte Dynamik in der nuklearen Abrüstung durch ein Abrüstungskonzept für nukleare Kurzstreckenwaffen zu ergänzen.

**» Die Gefahren im Nahen und Mittleren Osten bedrohen Europa und Russland gleichermaßen**

Die Allianz müsse dort nunmehr die Bedingungen für Erfolg herstellen. Über einen regionalen Ansatz, der auch die Nachbarstaaten einbezieht, wird ebenso kein Wort verloren wie über die seit Jahren verschleppte Drogenproblematik.

Die Expertengruppe hat eine große Chance vergeben. In ihrem Bericht hätte stehen müssen: Die größten Gefahren sind im Nahen und Mittleren Osten konzentriert und bedrohen Europa und Russland gleichermaßen. Es liegt daher im Interesse Amerikas, Europa und Russlands, sich dieser Herausforderungen gemeinsam anzunehmen.

land, aber auch für die Nato selbst, die sich mit ungelösten territorialen Streitfragen und mit einem Land belasten würde, dass die Nato im Ernstfall gar nicht zu verteidigen bereit wäre.

Für ein möglichst nahes Ende des Krieges in Afghanistan reicht es nicht aus, dass im neuen strategischen Konzept gefordert wird,

**» Die Gefahren im Nahen und Mittleren Osten bedrohen Europa und Russland gleichermaßen**

Die Expertengruppe hat eine große Chance vergeben. In ihrem Bericht hätte stehen müssen: Die größten Gefahren sind im Nahen und Mittleren Osten konzentriert und bedrohen Europa und Russland gleichermaßen. Es liegt daher im Interesse Amerikas, Europa und Russlands, sich dieser Herausforderungen gemeinsam anzunehmen.

**Unser Autor**, geb. 1938, war 1992 bis 1998 als Leiter des Planungsstabes der Chefstrategie der Bundeswehr. Zuvor hatte er einen Leitungspos-



STUTTGARTER ZEITUNG

### Die Wahl Joachim Gaucks wäre für die mutlose Taktiererin Merkel ein Rückschlag

#### LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Kommt da der Super-Gauk auf Union und FDP zu? Weil sich Merkel erneut innerparteilichen Zwängen ergeben hat, statt zu führen, machte sie SPD und Grünen viel Platz für einen ziemlich genialen Schachzug: Die Chancen des parteiübergreifend anerkannten Joachim Gauck auf das erste Amt im Staat mögen gering sein. Doch der Hinweis des Ex-Chefs der Stasi-Unterlagenbehörde, er habe schon viel erlebt, das vorher für unmöglich gehalten wurde, ist nicht von der Hand zu weisen.

#### STUTTGARTER ZEITUNG

Ein Mann wie Gauck müsste Merkel selbst geradezu wie der ideale Präsident erscheinen, wenn für sie nicht ganz andere Motive zählten. Nicht nur der Spiegel hält ihn für den besseren Präsidenten, auch Blätter, die Merkel gewogen sind, schreiben zu seinen Gunsten. Er entspricht ja auch voll und ganz den Anforderungen, die sie selbst formuliert hatte: ein Kandidat, der über Parteigrenzen hinweg Akzeptanz findet.

### Frankfurter Rundschau

Es gibt in den bürgerlichen Parteien viele, die mit Gauck sympathisieren. Freidemokraten wissen, dass sie in der Koalition keinen Blumentopf mehr gewinnen können, warum sollten sie für den blassen Kandidaten der Kanzlerin votieren. Christdemokraten haben in ihm geradezu den Prototypen des Bürgerlichen. Die Klugen unter den Linken wären hoffnungsvoll verloren, wenn sie sich zum Steigbügelhalter für Wulff machten. All jene, die Gauck für den besseren Kandidaten halten, müssen ihn am 30. Juni nur noch wählen und den Deutschen den Präsidenten geben, den sie in der Mehrheit wollen.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neveu Du Mont, Konstanze Neveu-Bühnen, Christian-Dalmer Schütte.

Redaktionsleiter: Peter Paul, Stellvertreter: Lutz Festschmid, Burkhard von Pappenberg.

Politik: Wolfgang Bittner, Süddeutsche: Peter Berger, Sport: Katharina Wagner, Kultur: Tim Gahler, Wirtschaft: Jürgen Sassenburger, Maja, Paris: Armin Böhmer, Poulkoo: Chefreporter: Harald Biskup, Produktiv: Klaus Schöberl.

Alle vertriebsmäßig und werblich in Köln. Parkettredaktion: Thomas Kötzer (Leitung), Dr. Ingrid Lorenz, Markus Decke, Stefan Saier, DuMont Redaktionsgemeinschaft: Brigitte Fehle (Chefredakteurin), Robert von Heusinger (stellvertretend Chefredakteur).

Berlin: Thomas Wölper, Düsseldorf: Heino Tuit, Günther M. Wiedemann (Satzplabier), Chefredakteur: Klaus Schöberl, Auslandskorrespondent: Washington: Dietmar Ostermann, Paris: Axel Veit, London: Barbara Klimek, Brüssel: Dr. Ingrid Lorenz, Tübingen: Markus Decke, Eddy Peking: Bernhard Bartsch, Jerusalem: Inge Günther, Rom: Konrad Dornier, Kopenhagen: Dr. Hannes Gantzel, Madrid: Najim Schulz, Athen: Gerold Johanneburg, Dr. Frank Böhmer, Wien: Norbert Mappeler, Mexiko City: Dr. Klaus Ehrlingfeld, Bangkok: Willem.

www.ksta.de: Jürgen Oehler, Verlagsleiter: Stefan Hülcher, Anzeigenleiter: Kirsten Handstatter, Leiter Zeitungsvertrieb: Uwe Müller, Verlagsproduktions: Michael Leuch, Verlagsgesellschaft: Westermann, Expeditoren der Kölnischen Zeitung GmbH & Co KG, 50999 Köln, Heven DuMont Haus, oder Amsterdamer Stra. 10, 20253 Köln; Telefon: Redaktion 0222/224 2624, E-Mail: redaktion@ksta.de, Postbankkonto Köln Nr. 21505, BLZ 231050.

– Freitag, 14.06.2010, 11:00 Uhr, Wochenausgabe zur Zeitung. Das Bezugsgebiet beträgt 7,5 Millionen Leser. Gültig: Anzeigenpreise Nr. 12 vom 1. Januar 2010 und untere Allgemeine und zusätzliche Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt a. M., 1998, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnement-Service: Tel. 020 / 23 09 239, Fax 02 21 / 224-2932 (020-600000), Köln, oder: Web: www.ksta.de, Mobilfunknummern 0 42 4 6 Min.

Anzeigen-Service: Tel. 020 / 140 20 40, Fax 02 21 / 224-2491 (020-600000), Köln, oder: Web: www.ksta.de, Mobilfunknummern 0 42 4 6 Min.

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de